

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,75 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 2,25 M., in den Landorten 2,50 M., durch die Post 3,25 M. An alle höherer Gewalt Betriebsführung Streifen um erhöht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die Gespaltene Kleinzeile 40 Pfg., Die Spaltenhöhe 30 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingt gesicherter oder durch Fernsprecher ausgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10 — M. des Saalens zu gleich Postgebühren; Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 79

Donnerstag, den 7. Juli 1932

34. Jahrg.

Die Verpachtung des Obfies

an den städtischen Straßen und Plätzen findet am

Sonnabend, dem 9. Juli, 19 Uhr,

im Ratsteller zu dem im Termin bekannt zu gebenden Bedingungen statt.

Kemberg, den 6. Juli 1932.

Der Magistrat.

105]

Der Endkampf hat eingeleitet

Alles dreht sich um die deutsche Zahlung.

Lausanne, 5. Juli.

Bereits in aller Frühe begannen die vertraulichen Verhandlungen zwischen den Gläubigern über die deutschen Gegenüberungen zu dem Gläubigerorschlag. Es handelte sich um eine Unterredung zwischen MacDonald und Herriot. Man weiß, dass die sich eine geheime Sitzung der fünf Gläubigermächte anhielt.

Man vertritt in maßgebenden englischen Kreisen die Auffassung, dass die von Deutschland verlangte völlige Streichung des Teiles VIII des Versailler Vertrages (der Tribute und Kriegsschuldlage) zu erreichen sei, weiter, dass in der Frage des Zusammenhanges zwischen den interalliierten Schulden und der Erstattung der deutschen Standpunkt Berücksichtigung finden könnte, ja, dass auch ein Entgegenkommen in der Frage der endgültigen Bedingungen für die Ausgabe der Bonds und der finanziellen Beteiligung Deutschlands an der Wiederaufbaufrage möglich ist — jedoch nicht die endgültige Forderung der Höhe dieser finanziellen Beteiligung Deutschlands auf große Schwierigkeiten, da die französische Regierung an der bisherigen Höchstgrenze von 4 Milliarden festhält und es nach englischer Auffassung außerordentlich schwierig ist, die französische Regierung von dieser Höchstsumme herabzubringen.

Man befürchtet in englischen Kreisen, dass eine weitere Verminderung dieser Summe neue außerordentlich ernste Schwierigkeiten für das Kabinett Herriot schaffen könnte. Nur dem energischen Eingreifen des Ministerpräsidenten MacDonald sei es gelungen, die vermittlungsbedingte Forderung Frankreichs von 25 Milliarden auf 4 Milliarden herabzusetzen. Die weitere Vermittlungstätigkeit MacDonalds in dieser Frage stöße auf große Schwierigkeiten.

Da alle bisherigen Vermittlungsvorschläge deutschseits mit ungenügender Schärfe und Hartnäckigkeit abgelehnt worden seien und daher die Vermittlungstätigkeit MacDonalds jetzt nahezu erschöpft ist.

Bedoch ist diese englische Darstellung der Lage zweifellos rein laienhaft zu bewerten. Die Engländer haben offenbar die Wichtigkeit eines Drucks auf die deutsche Regierung auszulassen. Der Endkampf um die vollständige Regelung der Tributfrage hat damit in voller Schärfe eingeleitet. Herriot, der ursprünglich sich erst am Mittwoch zurückziehen wollte, wird im Hinblick auf den Stand der Verhandlungen bereits Dienstag wieder in Lausanne eintreffen.

MacDonald bedarf der Hilfe

MacDonald erklärte nach Schluss der Sitzung der fünf Gläubigermächte, die Verhandlungen seien außerordentlich schwierig und mühsam und erforderten viel Geduld und Arbeit auf allen Seiten.

Er müsse unter allen Umständen am Donnerstagabend nach London zurückkehren, da seine Anwesenheit zu der Vorbereitung der Offener Konferenz unerlässlich geworden sei.

Herriot werde gleich nach seiner Rückkehr am Dienstagvormittag eine Unterredung mit ihm haben. MacDonald erklärte dann weiter, er wolle sich mühe um den schwieriger und langwieriger Verhandlungen und müsse sich jetzt zu nächst einige Stunden ausruhen.

Scharfes deutsches Dementi

Ein neuer Plan von deutscher Seite soll französischer Mitteilungen zufolge in einer Unterredung mit MacDonald vorgelegt worden sein, wonach im Fall der endgültigen Streichung der Tribute eine Restzahlung in Höhe von zwei Milliarden Mark vorzunehmen ist, die jedoch entgegen der bisherigen deutschen Stellungnahme, in 10 Jahren zu 10 Millionen abgetragen werden solle. Durch diesen neuen Vorschlag sei für die französische Regierung eine vollständig neue Lage geschaffen worden, so dass eine neue Stellungnahme von französischer Seite erforderlich geworden ist.

Die Mitteilung von französischer Seite, nach denen Deutschland als Restzahlung für die endgültige Regelung der Tribute 10 Jahreszahlungen in Höhe von 160 Millionen vorgeschlagen habe, könne ausdrücklich als vollständig falsch bezeichnet werden. Ein dergleichen Vorschlag ist nicht gemacht worden. In den Verhandlungen sind lediglich verschiedene rednerische Möglichkeiten erwohnen worden.

Eine schriftliche Darlegung Deutschlands

Dem Präsidenten der Konferenz, dem englischen Ministerpräsidenten MacDonald, hat Reichkanzler von Papen ein Schreiben überreichen lassen, in dem der Standpunkt der deutschen Abordnung zu dem Gläubigerorschlag schriftlich dargelegt wird. Das Schreiben enthält eine zusammenfassende Darstellung der Auffassung, die die deutschen Vertreter

in den gesamten Verhandlungen der letzten Tage der Gläubigerorschlag gegenüber dargelegt hatten und umschreibt noch einmal den grundsätzlichen deutschen Standpunkt in den zur Verhandlung stehenden Hauptfragen.

Franreich bleibt hartnäckig

Nach der Unterredung Herriots durch die französische Delegation über den deutschen Standpunkt zu dem Gläubigerorschlag wurden die Verhandlungen von Paris aus angewiesen an den bisherigen Forderungen auf Befriedigung Deutschlands an der Wiederaufbaufrage mit 4 Milliarden Mark festzuhalten und in den übrigen Punkten von dem ursprünglichen Gläubigerorschlag nicht abzuweichen.

Es sind verschiedene neue Vorschläge aufgetaucht, ohne dass jedoch bisher eine vollständige Einigung der Gläubigermächte zustande gekommen ist. Es wird gegenwärtig erwohnen, die Gesamtsumme auf zehn Jahreszahlungen zu verteilen. Da jedoch bisher noch der grundsätzliche Gegensatz zwischen der deutschen Auffassung und den Forderungen der Gegenseite über die Gesamtgröße der Abschlußziffer besteht, verliert sich alle diese Berechnungen ins Ungewisse.

Je doch besteht in allen Kreisen der Eindruck, dass man sowohl auf englischer wie auf französischer Seite einen erfolgreichen Abschluss der Konferenz vermeiden will. Auf französischer Seite sollen ernsthaft Bemühen bestehen, das im Falle eines erfolglosen Ausganges der Konferenz die bereits bestehende handelspolitische Isolierung Frankreichs sich weiter verschärfen würde. Insbesondere befürchtet man in maßgebenden französischen Kreisen, dass die Beschlüsse der Konferenz in Dinaur außerordentlich ungünstige handelspolitische Rückwirkungen für die französische Wirtschaft haben werden. Auch in englischen Kreisen hält man eine Vertagung der Konferenz ohne ein praktisches Ergebnis aus finanziellen und handelspolitischen Gründen für völlig untragbar.

Die gesamte internationale Lage wirkt sich zweifellos günstig für den deutschen Standpunkt aus, da die Gläubigermächte unter dem außerordentlich starken Druck der gesamten Weltöffentlichkeit stehen und in den maßgebenden finanziellen Kreisen der Gläubigermächte dringend eine endgültige Regelung der Tributfrage gefordert wird.

Nach Herriots Rückkehr

Der Streit um die Ziffern.

Lausanne, 6. Juli.

Die sehr zugelegten Erklärungen, mit denen sich der französische Ministerpräsident von Paris verabschiedete, haben erwarten lassen, dass er in Lausanne den französischen Standpunkt mit einer aufs härteste betonten Unnachgiebigkeit verteidigen werde, und es konnte daher kaum übersehen werden, dass in der gemeinsamen Betrachtung bei MacDonald rundherum erklärte, die frühere Lage einer Regierung nach ihm jedes Nachlassen von der französischen Forderung unmöglich, Frankreich müsse die geforderten vier Milliarden haben und nicht einen Sou weniger.

Diesem scharfen französischen Standpunkt gegenüber hat die deutsche Delegation mit aller Entschiedenheit noch einmal klargestellt, was sie bereits in ihrem Gegenorschlag — oder, wie man es offiziell formuliert haben will, in ihren Einwendungen zu dem Vorschlag der Gläubiger — erklärt hatte, dass eine über zwei Milliarden hinausgehende Summe für Deutschland nicht in Frage komme.

Der Streit um die Ziffern ist also in vollem Gang und in keinem entscheidenden Stadium und man hat sich auf die beiden gegeneinander gestellten Zahlen so festgesetzt, dass man augenscheinlich die Verschiedenartigkeit der Zahlungsmethoden, die dabei von den beiden Parteien ins Auge gefasst sind, und die sich daraus ergebenden zahlenmäßigen Unterschiede nicht genügend berücksichtigt. Bei diesem Punkt scheint nun für MacDonald die Möglichkeit eines Vermittlungsvorschlages zu liegen, mit dem er alsbald hervorgetreten ist, und der sich nicht an die oben genannten Zahlen, sondern an die Höhe der Zinsen hält, indem er auf den Zweck einer Herabsetzung des Zinsfußes bei gleichbleibender Höhe der Annuitäten einen höheren Betrag errechnet als die von Deutschland errechneten zwei Milliarden.

Er scheint auf eine ausgleichende Ziffer hinzuwirken, die in der Höhe von drei Milliarden liegen dürfte.

Man hat jedenfalls in Lausanne den Eindruck, dass es nicht gelingen wird, diese Schwierigkeiten bis zum Mittwoch zu überwinden, trotzdem zu Beginn dieser Woche MacDonald angekündigt hat, dass er unbedingt am Donnerstag nach London zurückkehren müsse. Man rechnet vielmehr mit der Annahmefreiheit, die Konferenz bis Ende dieser Woche zu verlängern, und der englische Premierminister, der als Leiter der Konferenz, den dringenden Wunsch, hat, ein positives Ergebnis zu sichern, wird also vielleicht doch seine Dispositionen noch einmal umfassen müssen.

Er und die englische Delegation und mit ihr auch die italienische, deren Auffassung durch das sehr offenherzige Interview Grandis unmissverständlich bekräftigt worden ist, halten nach dem der Dinge allen Anhalt, in dem jetzt durchzuführenden Endkampf mit dem englischen Herriot Hart zu machen, das seiner von interpolitischen Erwägungen diktierten Unnachgiebigkeit auf der deutschen Seite sehr lässliche materielle Geländesunkte aeenberberufen, für die

man in England und Italien weitestgehendes Verständnis hat und an denen auch Frankreich nicht vorübergehen darf, wenn ihm an einer politischen Lösung gelegen ist. Auf diese Frage aber muss in den nächsten zwei oder drei Tagen der französische Ministerpräsident der Konferenz und der Welt eine klare Antwort geben.

Das Hin und Her der Konferenz

Kaum eine halbe Stunde dauerte die Unterredung zwischen den englischen und den deutschen Ministern am gestrigen Vormittag, nachdem bereits vorher MacDonald mit Herriot verhandelt hatte, ohne dass über ein Ergebnis etwas bekannt geworden wäre. Immerhin kann angenommen werden, dass in der deutsch-englischen Unterredung von deutscher Seite von neuem darauf hingewiesen worden ist, dass die Höchstgrenze der deutschen Beteiligung an der Wiederaufbaufrage bei zwei Milliarden liegt und dass im übrigen die bereits hinlänglich bekannten deutschen Bedingungen einer allgemeinen Regelung genannt worden sind.

Die Gegenstände stehen sich nach wie vor scharf gegenüber. MacDonald vertritt die, wie er sich selbst bezeichnet, „als echter Mäler“

in letzter Stunde die deutschen und französischen Gegenstände zu überwinden. Es soll versucht werden, eine deutsch-englisch-französische Unterredung herbeizuführen, in der sodann durch Vermittlung von MacDonald eine gemeinsame Einigungsgrundlage gefunden werden soll. Deutschseits tritt neuem der dringende Wunsch und das ausgeprägte Interesse der englischen Regierung zutage, im Hinblick auf die gesamte Weltwirtschaftsfrage und die besonderen englischen Interessen endgültig die Tributfrage auf dieser Konferenz zu bereinigen.

Herriot kann nicht nachgeben

Nach einer Unterredung mit MacDonald erklärte Herriot der Presse, er könne nicht mehr weiter nachgeben und halte an dem bisherigen Gläubigerorschlag fest. Ein weiteres Nachgeben würde für ihn die Aabelnestsfrage bedeuten.

Die Verhandlungen werden zunächst nach von MacDonald weiter geföhrt mit den deutschen und französischen Ministern verhandelt werden. In französischen Kreisen werden die üblichen pessimistischen Gerüchte verbreitet und erklärt, die deutsche unnachgiebige Haltung mache jede Einigung unmöglich.

In ausländischen Konferenzkreisen wird dagegen von der Möglichkeit einer Einigung auf der Grundlage einer 3-Milliarden-Abschlußzahlung gesprochen. Es liegen aber bisher noch keinerlei Anzeichen vor, aus denen auf eine unmittelbar bevorstehende Einigung geschlossen werden könnte.

Vor dem Finis

Reichkanzler von Papen, Reichsaußenminister Freiherr von Neurath und Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk wurden kurz vor 16 Uhr zu MacDonald abgeholt.

Es verdröhete sich der Eindruck, dass jetzt auf englischer und französischer Seite der deutschen Abordnung Zugeländnisse auf dem Gebiete der Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage und eine allgemeine Befreiung der Kriegsschuldbestimmungen des Versailler Vertrages sowie Wiederrückstellung der Autonomie der Belgischen und der Rheinland durch Befreiung der einschränkenden Bestimmungen des Youngplans gemacht werden, um gewisse Zugeländnisse von deutscher Seite in der Höhe der deutschen Abschlußzahlung zu erreichen.

Die Verhandlungen richten sich jetzt auf die Frage, ob zwischen der französischen Forderung von vier Milliarden und der bisherigen deutschen Höchstgrenze von zwei Milliarden eine Einigung auf einen mittleren Betrag zustande kommen kann.

Auf englischer Seite wird jetzt die Annahme des neuen Canton-Vorschlages empfohlen, in dem ein Höchstbetrag für die Abschlußzahlung Deutschlands in Höhe von 2,6 Milliarden eine geringfügige Erhöhung der ursprünglich als Höchstgrenze angesehenen Zwei-Milliarden-Summe nur dann in Frage kommen, wenn die grundsätzlichen deutschen Forderungen auf Befreiung der Kriegsschuldlage, der Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage anerkannt werden und die Bedingungen für die Durchführung der Abschlußzahlung unter Berücksichtigung der deutschen Kreditfähigkeit erfolgen.

„Graf Zeppelin“ über Lausanne

Aber dem Hotel Beau Rivage erschien plötzlich während der ersten Verhandlungen der englischen und deutschen Minister in niedriger Höhe das Luftschiff „Graf Zeppelin“. Bei hartem Sommerwetter überflog der Zeppelin Duing.

Die harmonischen Töne des Luftschiffes hoben sich klar aus dem blauen Himmel ab. Während die an der Hotelhalle auf das Ergebnis der Ministerberatschungen zu wartenden Vertreter der internationalen Presse in den Garten eilten, um den ungewöhnlich schönen Anblick zu genießen, lag man auf der Terrasse der Privaträume MacDonalds die deutschen und englischen Minister, die ihre Verhandlungen unterbrochen, erschienen und gleichfalls den Zeppelin bewunderten. Im Gespräch erweiterten die Minister einige Minuten auf dem Balkon.

2,6 Milliarden Abschlußzahlung

Deutsch-englische Einigung auf der Basis des Capton-Berichtes.

Lausanne, 6. Juli.

Die Unterredung zwischen Herriot und MacDonald fand unmittelbar im Anschluß an die Unterredung zwischen MacDonald und den deutschen Ministern statt. Über das Ergebnis verläutet nichts. Herriot, der sich zu seinem 60. Geburtstag gratulieren ließ, beugte sich auf die bei ihm blühenden Schwermut und erklärte, der Abschluß der Konferenz sei in keiner Weise bis jetzt voranzukommen. Bezeichnend ist immerhin, daß der Generalsekretär der Konferenz bereits die Anweisung gegeben hat, den großen Konferenzsaal im Hotel Beau Rivage für die Wochenschlußtagung zu herrichten zu lassen, die jetzt für Mittwoch oder Donnerstag ermartet wird.

In den Besprechungen zwischen den deutschen und englischen Ministern ist eine grundsätzliche Einigung über eine Regelung der Tributfrage bei der Grundlage des Capton-Berichtes zustande gekommen.

Diese Lebensentscheidung steht in ihrem finanziellen Teil nunmehr fernerbestimmend aus:

Die Abschlußzahlung Deutschlands beträgt 2,6 Milliarden. Die ursprünglich vorgesehene dreijährige Amortisationsfrist fällt weg. Deutschland überbrückt der Baleser BZ, als Treuhänder zugleich einen ersten Teil der Gesamtsumme in Höhe von 1,6 Milliarden, die in Prozentigen Bonds zu einem Ausgabefuß von 90 v. H. ausgegeben werden. Die restliche 1 Milliarde wird zu einem Fuß von 95 v. H. ausgeben und soll nur dann auf dem internationalen Kapitalmarkt untergebracht werden, wenn der erste Teil der Bonds in Höhe von 1,6 Milliarden vollständig untergebracht ist.

Sollte innerhalb einer Frist von 10 Jahren die vollständige Unterbringung der gesamten Bonds in Höhe von 2,6 Milliarden nicht möglich sein, so wird der verbleibende Rest getilgt.

Die Verhandlungen zwischen MacDonald und Herriot ergaben auf der Grundlage dieses gemeinsamen deutsch-englischen Übereinstimmens.

Wohlt Frankreich hartnäckig?

Im Augenblick handelt es sich um die entscheidende Frage, ob die französische Regierung an dem ursprünglichen Botschaftsvorschlag für eine Abschlußzahlung Deutschlands von 4,2 Milliarden vorhält, weiterhin hartnäckig festhält, oder nun einen englischen Vermittlungsvorschlag als Verhandlungsgrundlage annimmt.

Herriot hat telephonisch den französischen Kriegsminister Paul-Boncour, der die französische Regierung auf der Abschlußkonferenz vertritt, erlucht, nach Lausanne zu kommen. Man nimmt hier an, daß die Berufung Paul-Boncours auf den Wunsch Herriot's zurückgeht, mit ihm über die von der deutschen Abordnung dem Präsidenten der Konferenz übermittelten Formulierungen für die abschließende Erklärung der Großmächte über die Regelung der Gleichberechtigungsfrage zu sprechen.

Herriot wird entgegen den ursprünglichen Absichten vorläufig in Lausanne bleiben.

Schicksal des Hoover-Vorschlags

Der entscheidenden Verhandlungen der Abrüstungskonferenz.

Genf, 5. Juli.

Eine Abrüstung der Abrüstungskonferenz heute nachmittag wird für die künftige Gestaltung der Abrüstungskonferenz entscheidend sein, da sie darüber zu beschließen haben wird, ob der Hauptanstoß der Konferenz, den Hoover-Plan schon jetzt oder erst nach den Konferenzen im Oktober erörtern soll. In diesem Zusammenhang gewinnt ein am Sonnabend stattgefundener Besuch von Vertretern der kleinen Staaten (Skandinavische Mächte, Spanien, Tschechoslowakei, Schweiz, Holland und Belgien) bei Herriot und Drummond an Bedeutung. Bei diesem Besuch wurden die von unterirdischer Seite mitgeteilte wird, fünf Punkte zur unmittelbaren Erörterung im Hauptauschuß vorgelegt:

1. Verbot des Luftbombardements, 2. Anwendung des Grundgesetzes der qualitativen Abrüstung auf die Luftwaffe, 3. Verbot der Ausbildung von Militärschiffen im Bombenbau, 4. Verbot von leichten Luftschiffen oberhalb einer festzusetzenden Tonnagegrenze, 5. Fortschrittsmaßnahmen gegen eine Umwandlung von Zivilflugzeugen in Militärluftzeuge.

Jagd nach Menschen

ROMAN VON HANNS HEIDTCK

(52. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Honsbrud entrann seinem Paket das unangenehme Gefühl: „Weider ist alles nur handchriftlich geschrieben“, sagte er.

„Das macht nichts. Geben Sie, bitte! Und dann bitte Sie, die nächsten Tage mein Gast zu sein!“ — in diesem Auftrag? Sie compromittieren sich mit mir!“ — „Der Löwenberg wird schon dafür sorgen, daß Sie wieder ein kultiviertes Aussehen erhalten“, erwiderte Christa, „nicht wahr, lieber Löwenberg?“

Der Regisseur bejahte und bat Honsbrud, mit ihm zu kommen. Man fuhr in einem eleganten Wagen zur Stadt. Honsbrud glaubte zu träumen. Alles war plötzlich so anders geworden, als er sich dachte. Sollte das Schicksal nun doch ein Entsetzen haben und einen gewissen Ausgleich für all seine Leiden herbeiführen wollen?

„Löwenberg sprach ihm gültig zu, tat ganz, als liege gar keine Zeit, kein schmerzliches Erleben für Honsbrud zwischen ihrem letzten Zusammensein.“

„Der Herr Regisseur — Sie vergessen — ich bin ein Verleumdeter — vorbestraft!“

„Sie sind ein Bedogel weiter nichts — es läuft mancher anderer draußen als Jogannator. Ehrenmann in Freiheit herum, der nicht den hundstinken Teil wert ist, Sie. Ich bilde mir über Menschen und Dinge mein eigenes Urteil. Und in meinem persönlichen Urteil, Herr Doktor, stehen Sie hoch, wie kaum ein anderer Mensch.“ „Ich habe nur eine Bitte. Vor unheimlichen Schauspielern werden wir eine Komödie spielen. Zah geben Sie für einen alten Bekannten aus, der zu Studienreisen für einen Roman in einer Maskerade die Landstrassen bereist. Einverleumdeter.“

„Wenn Sie meinen —“

Von englischer Seite wird zudem behauptet, daß demnächst in Genf private Verhandlungen der Vertreter der fünf großen Seemächte Amerika, England, Japan, Frankreich und Italien über den Hoover-Plan stattfinden würden. Obwohl die Intervention der kleinen Mächte, in deren bisherigen Verhandlungen der als kompromissfreudig bekannte spanische Vertreter Mabaraga immer mehr die Führung übernommen hat, als auch der Plan neuer Seemächte Verhandlungen zeigen, daß man der öffentlichen Behandlung des Hoover-Vorschlags immer neue Verhandlungen über Teilfragen, die jetzt mit dem Schlagwort „konkrete Einzelbesprechungen“ bezeichnet werden, voranziehen und damit die Bepredung des Hoover-Planes vertagen will.

Steuerfindung für Landwirte

Beschlüsse des Landwirtschaftsausschusses in Preußen.

Berlin, 6. Juli.

Der preussische Landwirtschaftsausschuß beschloß, das Staatsministerium zu erlöchen, bis zur Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft bei einer Verrückung über 80 Prozent des Einheitswertes der Betriebe für Land- und Forstwirtschaft. Obst-, Gemüse- und Weinbau sowie Befähigung sämtliche staatlichen Steuern mit dem Ziel der Niedererschlagung zinslos zu stunden.

Ferner soll das Staatsministerium auf die Reichsregierung dahin einwirken, daß zur Schaffung von ausreichenden Krediten für die Landwirtschaft mit Einfuhrverboten vorgegangen wird. Handelsverträge, die dem entgegenstehen, sollen gekündigt werden.

Für ermäßigte Zinssätze

Ein Beschluß der Londoner Stillhalterkonferenz.

London, 6. Juli.

Auf der Londoner Stillhalterkonferenz wurden nach einem über den Verlauf der Sitzung ausgegebenen Bericht außer der offiziellen Tagesordnung auch die Fragen der Zinssätze für die Deutschen Kredite erörtert.

Angesichts der allgemeinen Geldverknappung und um die von der deutschen Wirtschaft zugute kommen zu lassen, und um sicherzustellen, daß die Gläubigerländer hinsichtlich der Zinsen gleichmäßig behandelt werden, wurde beschlossen, daß die Delegierten ihren Bankenausschüssen die Anwendung einer niedrigeren Zinssätze für deutsche Kredite vorzuschlagen sollen.

Gegen die Notverordnung

Hauptauschuß des Preussischen Landtags.

Berlin, 6. Juli.

Der Hauptauschuß des Preussischen Landtags beschloß, sich am Dienstag mit Antrag zur Durchführung von Notverordnungen der Reichsregierung in Preußen. Ein Antrag der Kommunisten, das Staatsministerium zu beschuldigen, die Reichsnotverordnung in Preußen nicht durchzuführen, wurde abgelehnt. Annahme fand dagegen ein nationalsozialistischer Antrag über den Wegfall von Zuschlägen für Steuerrückstände. Danach soll ein Zuschlag nicht erhoben werden, wenn der einzelne rückständige Betrag unter 100 RM liegt. Angenommen wurde auch ein deutschnationaler Antrag, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß eine weitere Senkung der Besoldungsbürokratie neu zu erwägen ist, und daß die Besoldungsbürokratie in Gang zu bringen und Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.

Im weiteren Verlauf seiner Beratungen nahm der Hauptauschuß bei Stimmhaltung der Sozialdemokraten und des Zentrums einen deutschnationalen Geleitentwurf an, wonach die preussische Notverordnung vom 8. Juni d. J. mit sofortiger Wirkung aufgehoben werden soll.

Vorher hatten die Nationalsozialisten ihren Antrag, die Maßnahmen auf Einführung der Schlüsselkarte, aufzuheben, zusammen mit dem deutschnationalen Antrag zurückgezogen. Es sollen also sowohl die Schlüsselkarte als auch die Bestimmungen über die Zwangsparafälle für die Beamten nicht durchgeführt werden.

Beamte und Parteien

Beamtenauschuß des Preussischen Landtags.

Der Beamtenauschuß des Preussischen Landtags hatte sich mit den Anträgen der Nationalsozialisten und der Kommunisten zu beschäftigen, die sich an die Zugehörigkeit von Beamten zu beiden Parteien beziehen. In der Aus-

„Ja. Die Durchsichtsmenschen brauchen nicht alles zu wissen. Das ist nicht nötig — Sie urteilen doch nur halb und falsch, sofern sie sich überhaupt ein eigenes Urteil bilden. Die meisten lassen es bei dem Schabenerurteil der Masse gelten.“

Unter der Schere eines Frieisers fuhr Honsbrud's Spitzbart der Vergangenheit anheim. Bei einem Schneider wurde ihm ein guter, neuer Anzug angepaßt. Er konnte sich wieder leben lassen.

Honsbrud blieb nunmehr eine Weile in Begleitung der Filmgesellschaft. Er sah die Welt mit anderen Augen, als er früher gesehen hatte, jetzt nicht mehr allen Befreiungen anderer Menschen, die keine Verdon herziehen, seine ehemalige Unnahbarkeit entgegen. Er fühlte, korrektheit, die, weil übertrieben, zur Väterlichkeit wurden, — Gerechtigkeitssiehe, die, weil stark und ohne seelische Einfühlung, eher zur Ungerechtigkeit führte, — das alles waren einst seine Steckenpferde, auf denen er aber jetzt nicht mehr herumritt.

„Das Leben liebt sich nur einmal nicht in starre Formeln pressen.“

„In dieser Erkenntnis liegt er sich jetzt auch mehr von den Wegen des Schicksals trennen, breiten er früher meistens entgegengekommen war.“

„Wenn es so sein sollte, daß er von Christa Colin und ihrer Gesellschaft freundschaft aufgenommen und bewirtet würde — gut — — in Gottes Namen!“

„Früher hätte er sich gefragt: Sie kommen ich dazu? — Heute blüht er die Nase genippt und wärte mit einem Hochschinken seiner Wege gegangen.“

„Das war es mit ihm nun doch etwas anders geworden. Er dachte jetzt, daß es nicht nur auf den Bestand, auf ziffermäßige Berechnungen und vernünftige Überlegungen ankam, — wußte jetzt, daß es auch Gemütsarbeit gab.“

„Aus welcher Vermutungserwägung heraus sollte die Schauspielerin sich dem nicht annehmen? Vernünftigerweise konnte sie sich mit ihm nur belächeln. Aber sie lächelte mit ihm, sie litz mit ihm — und auf Grund ihres guten Herzens trat sie für ihn ein.“

„Sprache legten sich die Vertreter der beiden Parteien mit Entschiedenheit für die Aufhebung ihrer Maßnahmen ein. Ein Regierungsvertreter teilte mit, daß dem Staatsministerium bereits ein Entwurf für einen Abänderungsantrag zu diesen Entschloß vorgelegt worden ist. Das Staatsministerium habe aber von diesem Entschloß noch keine Kenntnis genommen, so daß er sich zur Zeit außerstande sehe, den Inhalt bekanntzugeben.“

Der Auschuß beschloß, dem Landtag vorzuschlagen, an Stelle der beiden Anträge folgenden Grundsatze für die Verwaltung der Staatsangelegenheiten nach Artikel 29 der Verfassung anzunehmen: „Den Beamten, Angestellten und Arbeitenden des Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände und der öffentlichen Körperschaften ist es erlaubt, jeder nicht verbotenen Partei anzugehören, sie zu unterstützen und sich für sie in jeder Weise zu betätigen.“

Schwedenvertrag gekündigt

Deutschland wünscht Meißbegünstigungsvertrag.

Berlin, 6. Juli.

Der seit dem 1. August 1926 in Kraft befindliche deutsch-schwedische Handelsvertrag nebst zwei Zulageabkommen wurde in Stockholm durch den deutschen Gesandten gekündigt, und zwar voraussichtlich zu Ende Januar 1933.

Die deutsche Regierung beweist hiermit zunächst einmal die Wichtigkeit der Zollbindung für Schwidholz, das außerdem noch mit Österreich zolltariflich gebunden war. Österreich hat aber vor kurzem auf die Zollbindung verzichtet, so daß sie nur noch mit Schweden besteht. Die von Deutschland im Februar d. J. bewirkte Verdoppelung des Zolles für hartes Schmittholz und Rundholz und die Anfang Juni beschlossene Zollhöhung für schwaches weiches Rundholz konnte auf das stärkere weiche Rundholz und Schmittholz nicht zur Auswirkung gebracht werden. Die Bindung mit Österreich und Schweden befanden. Die Wichtigkeit einer Zollbindung soll nunmehr durch die Beilegung der Zollbindung mit Schweden geschaffen werden.

Im Verträge mit Schweden ist weiter der Zoll für Rindvieh und Schafe gebunden.

Außerdem besteht noch ein niedrigerer Satz für ein Viehkontingent von Schweden in Höhe von 6000 Stück Rindvieh. Bindungen mit anderen Ländern liegen nicht vor, so daß nach dem Fortfall der Bindung mit Schweden die Wichtigkeit gegeben ist, der deutschen Landwirtschaft auf diesem Gebiet die notwendige Unabhängigkeit zu sichern.

Bezüglich Speck und Schmalz ist darauf zu verweisen, daß mit sofortiger Wirkung die Zwischenfälle beilegt sind. Durch die Kündigung des Schwedenvertrages werden auch die Vertragsätze für Speck und Schmalz frei.

Schweden hat dann weiter im Handelsvertrag eine allgemeine Anmerkung zur Zollbindung für Schweine.

Die deutsche Regierung konnte bisher niemals eine Nebenbindung lösen, solange diese schwedische Bindung bestand. Mit der Beilegung der allgemeinen Anmerkung hat jedes Land nun Anspruch auf die ihm etwas in besonderer Angelegenheit des notwendigen Unabhängigkeit zu sichern. Als Beispiel mag Holland angeführt werden, dem eine besondere Zollvergünstigung für Eimer und Gouda-Käse mit 20 RM, für den Doppeltentner zugeprochen worden ist gegenüber einem autonomen Zollfuß von 30 RM. Die genannten Käsearten machen etwa zwei Drittel der deutschen Gesamtimporte aus.

Das Ziel der etwa im September aufzunehmenden neuen Verhandlungen mit Schweden dürfte der Abschluß eines reinen Meißbegünstigungsvertrages sein.

Deutsch-österreichische Einigung

Aus Anlaß der Konferenz in Lausanne sind zwischen den dort anwesenden deutschen und österreichischen Regierungen auch einige handelspolitische Fragen besprochen worden.

Dabei wurde eine Einigung darüber erzielt, daß die österreichische Regierung auf die Bindung des Zollfußes für Schmittholz im deutsch-österreichischen Handelsvertrag vom 12. April 1930 verzichtet.

Im Hinblick auf den deutsch-schwedischen Handelsvertrag, in dem gleichfalls eine Bindung für Schmittholz enthalten ist, wird sich dieser Verzicht allerdings zunächst noch in Aussicht gestellt. Österreich im Rahmen der geplanten allgemeinen Vorzugsloshandlungen auch einen Vorzugslosh für Holz einzuräumen. Außerdem hat Deutschland bei dieser Gelegenheit Österreich ein Zollkontingent für Blattstichtereien gewährt.

„Hätte sie ihm einen Tausendmarktschein in die Hand gedrückt und ihn dann wieder laufen lassen, — sie hätte ihm nicht den zehnten Teil von dem gegeben, was sie ihm lo, wie sie es tat, innerlich gab.“ Denn sie gab ihm ein Stück Glauben an die Menschen wieder.

„Sie hatte sehr viel zu tun, mußte auch häufiger in gesellschaftlichen und Organisationsfragen die Gesellschaft verlassen, da sie nun die Leiterin einer nach ihr benannten Film-Compagnie geworden war. Infolgedessen konnte er also nicht zu häufig mit ihr zusammen sein.“

„Am lo öfter sah er mit Löwenberg des Abends in irgend einem gemütlichen Lokal vor einem ganz über die weltliche Bildung und Weltgewandtheit des Regisseurs kommen. Beide Männer führten eine lebhafte Compagnie zusammen, die sich auch auf Frau Löwenberg übertrag. Allerdings konnte die Gattin des Regisseurs selten bei ihrem Manne sein, da sie bei einer anderen Gesellschaft Hütte und immer nur zu Besuch kam.“

„Es ist ein etwas zerfetztes Gelesen mit uns beiden“, sagte Löwenberg einmal, „aber das läßt sich nicht ändern. Vielleicht ist es sogar ganz gut, wie es ist. Man will natürlich selbstgefällig haben, daß Reine in der größten Anzahl allseitige Ehen führen. Warum? Sie lieben mit ihren Frauen nicht immer wie die Kletten zusammen, man ist getrennt — sieht sich wieder und ist sich immer was Neues. Bei uns beiden geht es anders aus.“

„Ich freue mich, daß Sie lo glücklich geworden sind“, sagte Löwenberg, „und Ihre Frau auch nicht eifersüchtig, daß Sie immer mit Fräulein Colin leben?“

„Eifersüchtig? — Löwenberg nickte verächtlich mit dem Finger, „paß — kennen wir beide nicht. Wie die erst einmal anfängt, da ist es mit der Liebe vorbei! Entweder herrscht unbedingtes Vertrauen — oder gar keine.“

„Ja — und Fräulein Colin denkt wohl gar nicht an Vertrauen?“

„Es fehlt ihr die Zeit dazu, an lo was zu denken. Ihre Kunst ist ihr alles. Mit der ist sie verheiratet.“

„Man traut sich zu und sieht miteinander an.“

„Am gleichen Abend tranken sie Brüderlichkeit.“ (Fort. f.)

Wachsende Not der Saarkumpels

Eine Eingabe an die Regierungskommission.

Saarbrücken, 6. Juli.
Die Vertreter der Bergarbeiter haben sich in einer Eingabe, die sie recht die ständig wachsende Not der saarländischen Bergarbeiterfamilie beklagt, an die Regierungskommission gewandt. In der Eingabe heißt es:
Die Saarbearbeiter hatten in dem nun abgeschlossenen ersten Halbjahr 1932 in der Höhe 53 Feteischäden. Mehr als zwei Monate waren sie innerhalb eines Jahres arbeitslos. Der Lohnausfall beträgt mehr als ein Drittel des gesamten Einkommens.

Infolge der Verkaufsförderungsbestimmungen der Kurzarbeiterfürsorge kamen die Bergarbeiter nur für wenige Feteischäden in den Genuss der Unterstützung. In den letzten Monaten ist diese Unterstützung überhaupt in Wegfall gekommen. Die Ursache liegt in der Verlegung der Feteischäden, eine Maßnahme, die die Grunderhaltung mit betrieblichen Verhältnissen und der Eigenart des Bergbaues begründet. Mit dieser Maßnahme ist jedoch der notleidenden wirtschaftlich erschöpften Bergarbeiterfamilie nicht geholfen.

Wir bitten die Regierungskommission, die Eigenart des Bergbaues zu berücksichtigen und die Kurzarbeiterfürsorgebestimmungen dahin zu ändern, daß an Stelle der wöchentlichen die monatliche Zahl der Feteischäden zum Bezug der Kurzarbeiterunterstützung zugrunde gelegt wird.

Für Annullierung der Zahlungen

Italienische Außenminister sagt „Schwamm drüber“.

Lausanne, 5. Juli.

Der italienische Außenminister Grandi hat dem Schweizer Vertreter des „Reitti Parissen“ eine Erklärung übergeben, in der u. a. folgendes ausgesprochen wird:

Die einzig mögliche Lösung, die im Interesse aller liegt, ist nach den dringlichsten Verhandlungen der Konferenz nur die Lösung „Schwamm drüber“.

Die Kaufmann Konferenz war nicht einberufen worden, um zukünftige Zahlungen zu sichern, die nie an normale und künftige Lage der Gegenwart weiter aufrecht erhalten und verschärft könnten, sondern um die unerlässliche Rückkehr zum Vertrauen und die Wiederaufnahme des allgemeinen Handelsverkehrs zu ermöglichen.

Die Regelung, die auf der Konferenz gefunden wird, muß eine endgültige Regelung sein. Die Annullierung der Zahlungen muß sich auf sämtliche europäischen Gläubiger und Schuldnermächte erstrecken.

Kein Brauntweinauskauf am Wahltag?

Der Reichsminister des Innern hat bei den Bänderregierungen angeregt, entsprechend dem Vorgehen bei der Reichstagswahl 1930 und der Reichspräsidentenwahl 1932 zu erörtern, ob sich nach den Bedürfnissen der einzelnen Reichsteile empfiehlt für den Tag der Reichstagswahl und den Vortrag des Ausschusses von Brauntwein und den Kleinhandel mit Feinbrauntwein zu verbieten.

Ferner hat der Reichsminister des Innern die Aufmerksamkeit der Deutschen Bundes Heimatschutz gegen die Verkaufshandlung des Heimatlades durch Auswärtige der Wahlpropaganda gelenkt. Er hat zur Ermöglichung gegeben, ob sich nach den Erfahrungen bei früheren Wahlen polizeiliche Vorschriften zum Schutz des Heimatlades und des Denkmalschutzes wie des Schutzes des Eigentums überhaupt gegen die Auswärtige der Wahlpropaganda empfehlen.

Bertram und Klausmann gerettet

Beide Flieger befinden sich in einem Eingeborenenlager.

Melbourne, 5. Juli.

Die beiden vermißten deutschen Flieger Bertram und Klausmann sind lebend und wohl auf in einem Eingeborenenlager bei Kap Bernier gefunden worden. Dieses liegt etwa 30 Kilometer westlich von dem Platz, wo die Flieger seinerzeit gelandet sind. Eine Abteilung unter Führung des Postleutnants Matzfall, die über Land vorgedrungen war, hat das Eingeborenenlager erreicht. Eine Barfische aus Wynnam wird die deutschen Flieger abholen.

Bei den Junters-Werten in Dessau ist folgendes Telegramm aus Wynnam (West-Australien) eingelaufen: „Gesund, gerettet. Telegramm folgt. Bertram, Klausmann, Flugzeug.“

Das Telegramm ist das erste Erlebnis: Bertram der seit dem 14. Mai d. J. nach ihrer Landung bei Wynnam vermissten Flieger Bertram und Klausmann. Nach den bisherigen Meldungen hatten die Flieger auf einem von dem Gasmotorenflugzeug abgebauten Schwimmer verlastet, aus der westaustralischen Wildnis heraus eine Anlandung zu erreichen. Das ist ihnen offenbar gelungen, und sie haben sich von dort aus mit der deutschen Heimat in Verbindung setzen können.

Wie aus dem Telegramm weiter hervorgeht, sind beide Flieger zu ihrer Junters-Maschine „Walden“ zurückgekehrt und haben diese geborgen.

Die Irrfahrt der Flieger

Widerprechende Meldungen.

Ueber die Abenteuer der deutschen Flieger Bertram und Klausmann liegen verschiedene Nachrichten vor, Meldungen aus Wynnam zufolge sollen die beiden von Eingeborenen im tiefsten Busch fast verhungert und erschöpft aufgefunden worden sein. Sie wurden in das Eingeborenenlager gebracht. Nachdem die Flieger sich etwas erholt hatten, erklärten sie, daß sie am 15. Mai, morgens 7 Uhr, am Cambridge-Golf gelandet seien, nachdem sie während der langen Nacht durch einen irdischen Sturm von der Insel Timor her gehindert, blind gelagert seien. Ihre Vorräte, einige Biskuits und konservierte Früchte, die sie an Bord hatten, seien bald erschöpft gewesen und sie hätten geraume Zeit nur von Schnecken und Wittern und Wasser aus dem Röhler des Flugzeuges gelebt.

Anderen Meldungen zufolge sind die Flieger etwa zwei Monate lang in einem Umkreis von 18 Kilometern um dem Bandungsplatz ihres Flugzeuges entfernt herumgeirrt und wurden in diesem Zustand bereits vor längerer Zeit von freundlichen Eingeborenen aufgefunden und mit Speise und Trank versorgt.

Deutsche Kunstflaskierte

Preis nur 10 Pfennig.
Richard Arnold, Leipziger Straße und Markt.

Aus der Heimat und dem Reich.

Kemberg, den 6. Juli 1932

* **Abgabe zur Arbeitslosenhilfe.** Mit Wirkung vom 1. Juli 1932 ab wurde an Stelle der Krisenloshilfen eine Abgabe zur Arbeitslosenhilfe erhoben. Die sämtliche Lohn- und Gehaltsempfänger trifft, an den Bruttoarbeitslohn anknüpfend und gestaffelt ist. Die Abgabe, die durch die Arbeitgeber vom Bruttoarbeitslohn entbehalten wird, verwaltet, soweit es sich um sozialversicherte Personen handelt, die Krankenkassen, soweit es sich um Personen handelt, die nicht der Sozialversicherung unterliegen (z. B. Beamte, private Arbeitnehmer mit mehr als 700 Reichsmark Monatslohn) die Finanzämter. Am 17. und 18. Juni 1932 sind die Durchführungsvorschriften von den beteiligten Reichsministern erlassen und in sämtlichen Umsetzungen veröffentlicht worden. Eine noch erforderliche Auskünfte können bei den Krankenkassen und bei den Finanzämtern eingeholt werden.

* **Lohnpändungsfrage herabgesetzt.** Die am 14. Juni d. J. erlassene 1. Notverordnung der neuen Reichsregierung bringt u. a. eine Herabsetzung der Lohnpändungs-grenze, die in ihrer gegenwärtigen Höhe von 195 Mark pro Monat bis zum 30. Juni dieses Jahres befristet war. Die neue Lohnpändungsgrenze beträgt ab 1. Juli d. J. 165 Mark pro Monat. Das Handwerkt hat befanntlich seit längerer Zeit in wiederholten Eingaben an die Reichsregierung darauf aufmerksam gemacht, daß die so hohe Lohnpändungsgrenze große Verluste des Handwerks zur Folge habe, da der Rundschiff in immer größerem Umfang Kredit hätte eingeräumt werden müssen. Insbesondere wurde dabei auf die Senkung des Lohn- und Preisniveaus hingewiesen. Die jetzt durch die neue Reichsregierung vorgenommene Herabsetzung der Lohnpändungsgrenze auf 165 Mark pro Monat ist immer noch völlig ungenügend.

* **Die Gewinnliste der Volkswoll-Lothar** ist eingetroffen und kann in unserer Geschäftsstelle (Leipziger Straße) eingesehen werden.

* **Der Bürger-Verein** und deren Angehörige unternehmen am kommenden Sonntag nachmittag einen Ausflug nach Waldhaus Niemi. In dantewerter Weise wird unser Kantorei-Musik-Orchester dabei einige Wieder zum Vortrag bringen.

* **Vom Festigung-Verein Kemberg** erlangen auf der Kreisierchau in Wittenberg folgende Mitglieder Preise: Wilhelm Strenglich, Kemberg, auf Pelting-Guten 2 mal sehr gut, derselbe auf Rhodolander 1 mal sehr gut, Ehrenpreis 1 mal b. Bruno Hante, Gnieist, auf Altheutsche Kröpfer 1 mal gut, 1 mal befriedigend, derselbe auf schwarze Steigertöpfe 1 mal sehr gut, Walter Trmer, Kemberg, auf Vorkühlfelgtöpfe 1 mal befriedigend, Joh. Ege, Kolonie Gnieist, auf Brünnetöpfe 2 mal sehr gut, 1 mal gut.

* **Bei dem am Sonntag in Bad Schmiedeberg** stattgehabten 70-jährigen Stiftungsfest des W. L. B. beteiligte sich an Wettkämpfen der hiesige W. L. B. und konnte wieder gute Erfolge erzielen. Sieger wurden im

- 1. 100-Meter (Hühnerfuß)
- 1. Willi Schade mit 201 Pkt.
- 10. Kampf (Mittelstufe)
- 1. Willi Schade mit 170, 5. Hugo Weber mit 166, 12. Erich Mählig mit 135 Pkt.
- 7. Kampf (Jugend Klasse II)
- 3. Otto Schüge mit 117, 5. Otto Niendorf mit 110 Pkt.
- 7. Kampf (Jugend Klasse I)
- 2. Werner Schüge mit 117 Pkt.
- 5. Kampf (Mittelstufe, Turnerinnen)
- 1. Frieda Heßler mit 91 Pkt.
- 5. Kampf (Oberstufe)
- 4. Richard Reinecke mit 66 Pkt.
- 4. Kampf (Mittelstufe)
- 2. Friedrich Hoffmann mit 84, 15. Kurt Burchardt mit 62 Pkt.

* **Reichswehr kommt durch Kemberg.** Vom Wehrkommando III und IV wird mitgeteilt, daß am Sonntag, den 30. Juli 1932, von früh 4 Uhr 30 bis nachmittags 2 Uhr eine Aufführung der Kraftfahrabteilungen 2-4 und der 3. Eskadron Reiter-Regiment 4 stattfinden wird. Diese Übung wird die Reichswehr auch durch Kemberg führen. Der Plan der Übung sieht vor, daß eine Partei von Potsdam über Wittenberg vorgeht bis zum Saaleabschnitt Vernburg-Dalle, während die andere Partei vom Ostharz her bis zum Elbeabschnitt Torgau-Nohlau vorgehen soll. Das Zusammenreffen beider Parteien wird also voraussichtlich zwischen Wittenberg und Halle, vielleicht z. T. in unserer nächsten Umgebung erfolgen. Unsere Polizei richtet schon heute an die Bürgerpflicht, die während der Übung mit großem Interesse verfolgt wird, das dringende Ersuchen, keine Störungen durch zu dichtes Heranbrängen an die Stellen der Wehrleistungsabgaben und Besprechungen zu veranlassen. Die Straßen für eine reibungslose Durchführung der Truppen freizuhalten und Fußgänger auf alle Fälle zu verhüten. Wir sind geneigt, daß unsere Bürgerpflicht mit Freuden die Gelegenheit begrüßen wird, einmal unsere Reichswehr wieder bei der Arbeit zu sehen.

Wartenburg, 4. Juli. (Unfall.) Der Handelsmann Karl Heng aus Wartenburg wurde heute früh beim Grasmähen von Ohnmachtanfällen heimgesucht, wodurch er in die Senke fiel und eine gefährliche Körperverletzung davontrug.

Seyberg (Hör) Beim Spaziergehen ein Kind verlor! Am Montagmittag ereignete sich hier ein folgenschwerer Unfall. Der Magistratssekretär Wagner, der von seinem Grundstück aus mit einem Ferkel nach Spazieren ließ, ließ dabei nicht die nötige Vorsicht walten. Er traf die siebenjährige Tochter Doris des Metzgermeisters Gräß, die dort in der Nähe mit mehreren anderen Kindern spielte, in den Kopf. Das Kind wurde in bedenklichem Zustande zum Arzt gebracht.

Lützen, 4. Juli. (Tödtlich veranlagt) Als Sonntagabend nachmittag die hiesige Urula Lehmann in Abwesenheit ihrer Eltern den Park ansehend wollte, gingen ihre Kleider plötzlich Feuer. Dem Großvater, der auf die Hilferufe fo-

fort herbeigeeilt war, gelang es zwar, die Flammen zu ersticken, das bedauerlicherweise Kind, das aber schon so schwere Brandwunden davongetragen, hatte eine Rettung nicht mehr möglich war. Am gestrigen Sonntag verstarb es im Wirtshaus der Krankenhaus, wohin es die Diätener Samariter-Kolonne auf Veranlassung des Arztes geschafft hatte.

Hilfenberg. (Guten Willen geföhren und abgeholt.) In der Nacht zum Sonntag wurde beim Mühlentrichter Friedrich Mübe in der Mühlerau Mühe abermals ein äußerst breiter Diebstahl ausgeführt. Die Spühbuben holten diesmal einen etwa 3 Meter schweren Zingbullen aus dem Stall und führten diesen in den Wald über die Kleinhahn, wo sie ihn abschalteten. Vier Hauptteile des Bullen nahmen die Täter abscheinend in Rücksicht mit, das andere Fleisch ließen sie liegen. — Aufklärende Wahrnehmungen über diesen Diebstahl werden gern entgegen- genommen.

Die Elbe wird reguliert.

Torgau. Die schweren Schiffschaden der letzten Monate, die allein im Bezirk des hiesigen Wasserbauamtes einen großen Schaden verursachten, hatten ihre Ursache hauptsächlich in den Stromverengungen und Untiefen. Die dadurch notwendig gewordenen Regulierungsarbeiten, für die ein Betrag von einigen hunderttausend Mark zur Verfügung steht, sollen noch in diesem Baujahre, soweit wie möglich befristet werden. Die Arbeiten werden in eigener Hand von der Reichswasserstraßenverwaltung durchgeführt.

Zwei Radfahrer durch Missetat verlest.

Bad Dürrenberg. Bei einer Auseinandersetzung zwischen zwei Radfahrern und anderen Männern griffen diese plötzlich zum Messer und verletzten die beiden Radfahrer durch mehrere Stiche. Bei einem beiseite sogar die Gefahr, daß die Zunge verlest ist. Die Verletzten wurden ins Städtische Krankenhaus übergeben. Die Täter sind entkommen. In der Zeit politische Notlage zu Grunde liegen, muß die Unterjagung ergeben.

Sechs Monate Gefängnis wegen Fahrensflucht.

Leipzig. Vor dem Gemeinamen Schöffengericht hatte sich der 20 Jahre alte Schöbe Heinz Heinel aus Ertz mit sich wegen Fahrensflucht zu verantworten. Bei ihm hatte sich am 28. Mai d. J. von seiner Truppe entfernt und später seine Uniform mit Fingerringen veräußert. Am 4. Juni d. J. war der Defektur verhaftet worden. Er erhielt wegen Fahrensflucht sechs Monate Gefängnis.

Anhalt gegen Notverordnung

Dessau. Der Anhaltische Landtag nahm in seiner Dienstag-Sitzung einen sozialdemokratischen Antrag an, durch den die Staatsregierung ersucht wird, bei der Reichsregierung wegen sofortiger Aufhebung der letzten Notverordnung vorstellig zu werden.

Hilfe für die Hochwassergeschädigten

Dessau. Das Staatsministerium läßt zurzeit durch die Realische Fortbildungsschule die Hochwassergeschädigten, soweit hierbei staatliches Mitleid in Frage kommt, festliegend anerkannt werden, im Einzelfalle Pachtmengen einleiten zu lassen. In den Fällen, in denen Wasser von nichtstaatlichem Charakter infolge des Hochwassers nachweisbar in ein Gelände geraten ist, wird das Staatsministerium durch Entschädigung entschlossen. Die Pachtmengen sollen bis zu 40 Prozent betragen.

Vom freiwilligen Arbeitsdienst in Anhalt.

Dessau. Wie das Büro des Anhaltischen Staatsministeriums mitteilt, sind an Arbeiten, die durch den freiwilligen Arbeitsdienst durchgeführt werden sollen, zunächst Pflanzungsarbeiten am Dessauer Flugplatz, der Bau einer Umgehungsstraße bei M o j i g a u und die Durchführung der Mulderregulierung bei Dessau vorgesehen.

Heinarbeit im Anhaltischen Landtag.

Lejau. Der Anhaltische Landtag beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Erledigung mehrerer Anträge. Angenommen wurde in zweiter Lesung das Antragsentscheidungs, nachdem vorher Anträge der SPD, und KPD, zu dem Geleit abgelehnt worden waren. Gleichfalls angenommen wurde der nationalsozialistische Antrag auf Herabsetzung der Landtagsabgaben. Die Sozialdemokraten erheben sich der Stimme. Die von den Sozialdemokraten geforderte Erhöhung der Zuweisung an die Gemeinden aus der Umsatzsteuer wurde abgelehnt. Staatsminister Dr. Anorr wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Zuwendungen an die Gemeinden aus Reichsmitteln erhöht wurden. Weiter führte Dr. Anorr aus, daß am Reichspräsidententage die Dienstgebäude nur noch in den anhaltischen Farben besetzt werden. Antragsentscheidungen werden in Zukunft am Reformationsstag der Schulunterricht ausfallen.

Die Schanze durchbrochen und geteilt.

Wasshammer. In der Nacht zum Montag durchbrach der 28 Jahre alte Kurt Hänel aus Petersberg die Schanze der Kohlenbahn der Subtag an der Straße Bodwits-Waldenberg. Hänel wurde bei dem Zusammenprall auf der Stelle getötet. Der mitfahrende Bergarbeiter F. Müta wurde so schwer verlest, daß er im hiesigen Krankenhaus ebenfalls verstarb. Er war verheiratet und Vater mehrerer Kinder.

Elsterwerda. Wegen Brandstiftung wurde der 17jährige Sohn des Arbeiters Köhler in Kraupa verhaftet. Der Verurteilte hat in der vorigen Woche das Ungeheuer der Nachbarn seiner Eltern in Brand gesteckt. Hiesigen Nachbarn werden Familien bekamen seit Jahren heimgesucht.

350 Arbeiter finden Beschäftigung.

Mittelsberg (Kr. Liebenwerda). Die Brauntrohlen- und Riffendindustrie U. G. (Subtag) ist infolge der verbesserten Arbeitsverhältnisse in der Lage, ihre Fabrik, Maritzsch, wieder zu eröffnen. Die seit langer Zeit stillgelegt war, es kommen etwa 350 Mann zur Einstellung.

Mittelsberg. Beim Baden in der Elbe fand bei Borfisch der des Kommunisten nicht hiesige Arbeiter Müllner den Tod. Er geriet in eine tiefe Stelle und wurde abgetrieben. Bei Sechla wurde die befeidete Leiche eines etwa 10jährigen Knaben aus der Elbe gelandet.

Wirtshaus verbrannt durch Motorabfall.

Leipzig. Am Montagmorgen lag ein bei der Leipziger Straße in der Nähe der Stadt Liebenberg zwei Leipziger Motorabfall zusammen, wobei die in dem

Beimogen des einen Fahrzeuges sitzende 20jährige Verkäuferin Elfriede Schulze aus Leipzig so schwer verletzt wurde, daß sie im Eisenburger Krankenhaus verstarb. Schuld an dem Unfall ist der aus Leipzig stammende Motorradfahrer Wiesner, der stark betrunken war und außerdem ohne Licht die linke Straßenseite befahren hatte. Wiesner wurde verhaftet.

Halle. Die heute u. j. Ende machte ein Blümler bei Finsterwalde am Sennerdorfer Berg. Er fand dort in dem sogenannten Grubengründe eine Belebete, stark in Verwesung übergehene männliche Leiche, die in einem faul ausgehobenen Grab lag. Einen Wundstich, der an einer Seite befestigt war, hatte sie als Schlinge um den Hals. In der Nähe des Toten lag — fast vollkommen unter Heubehauf verdeckt — ein Spaten. Die vorgefundenen Aufzeichnungen ergaben, daß es sich um den 63 Jahre alten verheirateten Gastwirt Gustav Adolf Wetzschel aus Halle handelt, der am 26. April aus wirtschaftlicher Not seinem Leben ein Ende bereitet hatte.

Mitteldeutsches Treffen der Nationalsozialisten. Zum mitteldeutschen Treffen der Nationalsozialisten waren 25 000 SA- und SS-Leute aus dem Gau Magdeburg und Halle auf Schiffen, Kraftwagen und mit der Bahn nach Dessau gekommen, wo ihnen ein herzlicher Empfang zuteil wurde. Die Zahl der Teilnehmer insgesamt wird auf etwa 70 000 bis 80 000 beziffert. Bei dem Zapfenreich am Sonnabend vor dem Rathaus waren etwa 30 000 Teilnehmer festzustellen, unter ihnen die beiden anhaltischen Staatsminister Dr. Freyberg und Dr. Knorr.

Die Hauptveranstaltung war der Große Appell am Sonntag auf dem Sanders-Flugplatz, auf dem etwa 50 000 Menschen versammelt waren. Mehrere nationalsozialistische Flieger führten Geschwaderflüge vor, und der Sandersreife Pilot Kilitz zeigte halbschwebende Luftakrobatenstücke in der Luft. Vor dem alten Theater nahmen bis drei Stunden gedauert haben mag. Die festlich gestimmte Menge warf den in better militärischer Ordnung vorbeiziehenden Brauchbenden immer wieder Blumen zu. Erst in den vorderen Abendstunden gelangte das Ende des Tages auf die Dessauer Rennweiden, von einer Tribüne herab zunächst Dr. Goebbels sprach. Darauf nahm General Strasser das Wort, der ebenfalls

falls in scharfer Weise die Systemparteien kritisierte.

Leider hat sich bei dem Anzug ein Zwischenfall ereignet; ein Arbeiter, der probiert haben soll, wurde von einem Zugteilnehmer erbeuligt, aber nicht lebensgefährlich verletzt. Sonnabend abend wurden in Wolken (Kreis Bitterfeld) ein durchfahrender Nationalsozialist von einem Kommunisten vom Motorrad geschossen und schwer verletzt.

In Friederich wurde ein mit Nationalsozialisten besetztes Auto mit Steinen beworfen. Darauf gab ein Insasse einen Schuß ab, durch den ein Kind in den Oberkörper getroffen wurde. Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich in Holzweißig, wo bei der Durchfahrt eines von Dessau kommenden Autos mehrere Schüsse fielen. Von welcher Seite die einzelnen Schüsse kamen, konnte noch nicht vollständig geklärt werden. Jedenfalls wurden eine Frau, die auf dem Auto mitfuhr, und ferner ein Holzweißiger Einwohner durch Schüsse leicht verletzt.

„Königliche Volkseigenung“ für drei Tage verboten. Der 4. Straftat in Leipzig hat in der Frage des Verbots der „Königlichen Volkseigenung“, am 5. Juli wie folgt entschieden: „Das Verbot ist für zulässig erklärt worden, jedoch nur für die Dauer von drei Tagen, weil eine dem Verbot zugrunde gelegte, nicht unwesentliche Behauptung des Artkells anders ausgelegt ist. Es ist Befehrbildung der außenpolitischen Interessen sowie eine Verächtlichmachung des Reichstagsantrages angenommen worden.“

Danf der Marineleitung. Der Chef der Marineleitung hat anlässlich der Rückkehr des U-Bootes „Schleien“ und der Torpedoboote „T 190“ und „G 10“ aus Danzig folgenden Erlaß an den Flottenchef und die Seebefehlshaber gerichtet. „Mit großer Genugtuung habe ich die Berichte über die wohlgeleitete Durchführung des Besuchs und den sorgfältigen Einbruch, den ihre Befehlsgeber hinterlassen haben. Ich spreche dem Befehlshaber der U-Boote, Kommandant Forster, sowie den beteiligten Seestreitkräften meine besondere Anerkennung aus.“

Ein mecklenburgisches Amt meldet Konturs an. Das Amt Hagenow hat mit seinen 4000 Seelen eine Schuldenlast von 3 Millionen Mark, mehr als sämtliche übrigen Ämter von Mecklenburg-Schwerin zusammen. In einer Versammlung

leitete Amtshauptmann Busch mit, daß das Amt Hagenow keine Verpflichtungen nicht mehr nachkommen könne. Fällige Zinsleistungen müßten ab 1. Juli eingestellt werden. Der einzige Ausweg sei der Konturs. Daher habe sich der Amtsausschuß entschlossen, den entscheidenden Schritt zu tun und dem Amtsgericht die Eröffnung des Konturs für das Amt zu beantragen.

Willi Sklarek zieht Revision zurück
Das Urteil ist jetzt rechtskräftig.

Berlin, 6. Juli.
Willi Sklarek hat die gegen seine Verurteilung zu vier Jahren Zuchthaus angemeldete Revision zurückgenommen und erklärt, daß er das Urteil annehme, was damit rechtskräftig geworden ist. Sein Bruder Leo Sklarek hat bisher keinen Standpunkt, daß er gegen das Urteil von dem ihm zustehenden Recht, der Revision Gebrauch machen wolle, noch nicht geändert.

Schmuggler in Ostpreußen
Zusammenstoß zwischen Schmugglern und Grenzpolizei.

Königsberg, 6. Juli.
Von der ostpreussischen Grenzpolizei wurden im Bezirk des Landratsamts Teuburg mehrere Säcke mit Weizen auf freiem Felde ungefähr 1 Kilometer von der polnischen Grenze entdeckt. Da die Vermutung nahe lag, daß es sich um Schmuggelgut handelte, kam im Laufe der Nacht abgeholt werden sollte, wurde der betreffende Ort von mehreren Beamten unter Beobachtung genommen.

Tatsächlich wurde auch nachts von vier Personen der Versuch gemacht, die Säcke abzuholen. Als die Befragten von der Grenzpolizei angegriffen wurden, leisteten sie dem Anruf keine Folge, sondern schloßen in Richtung der polnischen Grenze. Es wurden darauf von der Grenzpolizei, den Vorhelfern entsprechend, mehrere Schüsse abgegeben, ohne daß es gelang, einer der flüchtigen Personen habhaft zu werden.

Wie am nächsten Tage bekannt geworden ist, soll es sich um polnische Schmuggler gehandelt haben, von denen einer schwer und der andere leicht verwundet worden ist. Der Schwerverwundete soll inzwischen seinen Verletzungen erliegen sein.

Statt Karten.

Wir danken recht herzlich für die vielen Glückwünsche und Blumenspenden, die uns zu unserem 25jährigen Geschäftsjubiläum dargebracht wurden.

Kemberg, den 6. Juli 1932

Richard Arnold und Frau

Für Jagdvorsteher
Nachträge zu Jagdpachtverträgen
betr. Jagdpachtermäßigungen

hat am Lager

Richard Arnold, Leipziger Straße

Prima frische
Würstchen
Pfund 70 Pfg.
empfiehlt Willi Röh

Dienstag, den 10. d. Mts.,
früh 8 Uhr bespacht ich auf Kottler
Platz, Plan Kleinridmager am Wege
nach Markt Raumborf
Reißigkabeln
Nuch gebe ich laufend trockene
Reißigbünd ab
R. Stahlbaum, Aterig.

Rucksäcke
verschiedener Größen
Kinder-Rucksäcke
empfiehlt billigst
Rich. Arnold :: Markt

Maljesheringe
in hervorragender Qualität
frisch eingetroffen bei J. G. Glaubig
Johannisbeeren
verkauft
Sack, Weinbergstraße

Für die Reisezeit

empfiehlt

Reise- u. Stadtkoffer
echt Hartplatte und Leder, alle Größen
Aktenmappen, Handtaschen
Portemonnaies

in reicher Auswahl und zu billigsten Preisen

Richard Arnold .: Kemberg
Leipziger Straße und Markt

Maßgänse
Maßenten
junge Hähnchen
empfiehlt
Arthur Thamm .: Bergawitz
Ausnahmsangebot!
Frische
Einmachschoten
Pfund nur 10 Pfg.
Alle anderen Gemüse
frisch und billig.
Erdbeeren
H. Dene, Gärtnerei,
Wittenberger Straße 40

Sommergetränke
Apfelsüßmost Fl. 75 Pfg.
Apfelwein Fl. 45 u. 50 Pfg.
Süßbeerlaff Ltr. 1,60 RM
Kirchsaft Ltr. 1,60 RM
Zitronensaft Ltr. 1,70 RM
bei
Rudolf Huhn

Neue
Kartoffeln
gibt ab
E. Holzhausen
ff. geröstete
Kaffee's
1/2 Pfd. 50, 60, 70, 80 Pfg.
empfiehlt
J. G. Glaubig

Krieger- u. Landwehr-Berein
Zur Beerdigung des Kam.
Karl Piehner tritt der
Berein am Donnerstag nachmittag
1/2 3 Uhr am Vereinslokal „Café
Ferner“ an. Beteiligung Ehrenpflicht
Der Vorstand

Bürger-Berein
Am Sonntag, den 10. Juli, findet
im Waldbau Niemiß anlässlich des
70. Gründungsjahres ein
gemüß. Beisammensein
statt, zu dem alle Mitglieder mit
Familie herzlich eingeladen werden.
Zum gemeinsamen Ausmarsch treffen
sich die Teilnehmer um 2 Uhr nach-
mittags am Friedhof oder Bahnhof.
Der Vorstand.

Sonntag, den 10. Juli, abends 8 Uhr
veranstaltet die Ortsgruppe Kemberg der
NSDAP im **Hotel Blauer Sech**
einen
Deutschen Abend
Die Aufführungen bestehen aus
Konzert, zwei Einaktern, versch. Einlagen
anschließend
Deutscher Tanz
Kreisleiter Pg. Ritterbusch-Wittenberg wird die
Ansprache halten.
Alle deutschgesinnten Einwohner werden zu dieser Veranstaltung herzlichst
eingeladen. **Eintritt 50 Pf., Tanz frei**
NSDAP., Ortsgruppe Kemberg.

Der **Männer-Turn-Verein Kemberg** veranstaltet
am **Sonntag nachmittag** in der Bade-Anstalt kein
Werbe-Schwimmfest
mit Vorführung sämtlicher Arten des Rettungsschwim-
mens und Wiederbelebungsvorlesung an Ertrunkenen seitens
der Bezirksgruppe Wittenberg der Deutschen Lebensrettungs-
gesellschaft. Beginn punkt 3 Uhr.
Der Vorstand

Montag abend 7/7 Uhr verschied nach kurzem
Kranklager unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater
der **Dachdecker**
Karl Piehner
im 73. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrübt an
die trauernden Hinterbliebenen
Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 3 Uhr vom
Trauerhause, Mittelstraße 2, aus statt.

Danksagung.
Für die Beweise der Teilnahme, die uns bei der
Beerdigung unserer lieben Entschlafenen, der Witwe
Anna Pannier
zuteil wurden, danken wir herzlichst. Besonderen Dank
Herrn Pfarrer Langbein für die tröstenden Worte.
Kemberg, den 6. Juli 1932.
Die trauernden Hinterbliebenen

Kemptner Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kempten, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. Bezugspreis: Monatlich für Abnehmer 1,50 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kempten 1,25 M., in den Landorten 1,50 M., durch die Post 1,55 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen zum Ersatz jeder Anpreisung auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Feitszeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Feitszeile 40 Pfg., Anzeigengebühr 50 Pfg. für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für eilige Werbegeräte unbenutzbar. Schreiber oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Laubend, zu täglich Postgebühr; Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kempten, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 79

Donnerstag, den 7. Juli 1932

34. Jahrg.

Die Verpachtung des Obfies

an den städtischen Straßen und Plätzen findet am **Sonnabend, dem 9. Juli, 19 Uhr,** im Ratsteller zu dem im Termin bekannt zu gebenden Bedingungen statt.

Kempten, den 6. Juli 1932.

105]

Der Magistrat.

Der Endkampf hat eingesetzt

Alles dreht sich um die deutsche Zahlung.

Laujanne, 5. Juli.

Bereits in aller Frühe begannen die vertraulichen Verhandlungen zwischen den Gläubigermächten über die deutschen Gegenüberstellungen zu dem Gläubigervorschlag. Es fand nämlich eine Unterredung zwischen MacDonald und German Martin statt, an die sich eine geheime Sitzung der fünf Gläubigermächte angeschlossen.

Man vertritt in maßgebenden englischen Kreisen die Auffassung, daß die von Deutschland verlangte völlige Streichung des Teiles VIII des Versailles Vertrages (der Tribute und Kriegsschuldlagen) zu erreichen sei, wiewohl das in der Frage des Zusammenhanges zwischen den interalliierten Schulden und der Tributfrage der deutschen Standpunkt Berücksichtigung finden könnte, ja, daß auch ein Entgegenkommen in der Frage der endgültigen Bedingungen für die Ausgabe der Bonds und der finanziellen Beteiligung Deutschlands an der Wiederaufbaufrage möglich sei — jedoch läßt die endgültige Festlegung der Höhe dieser finanziellen Beteiligung Deutschlands auf große Schwierigkeiten, da die französische Regierung an der bisherigen Höchstgrenze von 4 Milliarden festhält und es nach englischer Auffassung unangehörig ist, die französische Regierung von dieser Höchstsumme herabzubringen.

Man befürchtet in englischen Kreisen, daß eine weitere Verminderung dieser Summe außerordentlich ernste Schwierigkeiten für das Ratistett Herriot schaffen könnte. Nur dem energischen Eingreifen des Ministerpräsidenten MacDonald sei es gelungen, die ursprüngliche Forderung Frankreichs von 25 Milliarden auf 4 Milliarden herabzusetzen. Die weitere Vermittlerfähigkeit MacDonalds in dieser Frage stöße auf große Schwierigkeiten.

da alle bisherigen Vermittlungsversuche deutscherseits mit ungewöhnlicher Schärfe und Hartnäckigkeit abgelehnt worden seien und daher die Vermittlungsfähigkeit MacDonalds jetzt nahezu erschöpft sei.

Obwohl es diese englische Darstellung der Lage zweifellos sehr kritisch zu benehmen. Die Engländer haben offenbar die Absicht, einen Druck auf die deutsche Regierung auszuüben. Der Endkampf um die vollständige Regelung der Tributfrage hat damit in voller Schärfe eingesetzt. Herriot, der ursprünglich am Mittwoch zurückkehren wollte, wird im Hinblick auf den Stand der Verhandlungen bereits Dienstag wieder in Laujanne eintreffen.

MacDonald bedarf der Ruhe

MacDonald erklärte nach Schluß der Sitzung der fünf Gläubigermächte, die Verhandlungen seien außerordentlich schwierig und mühsam und erforderten viel Geduld und Arbeit auf allen Seiten.

Er müsse unter allen Umständen am Donnerstagsabend nach London zurückkehren, da seine Anwesenheit zu der Vorbereitung der Ottawa Konferenz unerlässlich geworden sei.

Herriot werde gleich nach seiner Rückkehr am Dienstagvormittag eine Unterredung mit ihm haben. MacDonald erklärte dann weiter, er wäre sehr müde von den schwierigen und langwierigen Verhandlungen und müsse sich jetzt zu nächst einige Stunden ausruhen.

Scharfes deutsches Dementi

Ein neuer Plan von deutscher Seite soll französischen Mitteilungen zufolge in einer Unterredung mit MacDonald vorgelegt worden sein, wonach im Fall der endgültigen Streichung der Tribute eine Restzahlung in Höhe von zwei Milliarden Markt vorzunehmen sei, die jedoch entgegen der bisherigen deutschen Stellungnahme, in 10 Jahren zu 160 Millionen abgetragen werden sollte. Durch diesen neuen Vorschlag sei für die französische Regierung eine vollständig neue Lage geschaffen worden, so daß eine neue Stellungnahme von französischer Seite erforderlich geworden sei.

Die Mitteilung von französischer Seite, nach demer Deutschland als Restzahlung für die endgültige Regelung der Tribute 10 Jahreszahlungen in Höhe von 160 Millionen vorgeschlagen habe, könne ausdrücklich als vollständig falsch bezeichnet werden. Ein derartiger Vorschlag ist nicht gemacht worden. In den Verhandlungen sind lediglich verschiedene rechtmäßige Möglichkeiten erwogen worden.

Eine schriftliche Darlegung Deutschlands

Dem Präsidenten der Konferenz, dem englischen Ministerpräsidenten MacDonald, hat Reichkanzler von Papen ein Schreiben überreichen lassen, in dem der Standpunkt der deutschen Abordnung zu dem Gläubigervorschlag schriftlich dargelegt wird. Das Schreiben enthält eine zusammenfassende Darlegung der Auffassung, die die deutschen Vertreter

in den gesamten Verhandlungen der letzten Tage dem Gläubigervorschlag gegenüber dargelegt hatten und umschreibt noch einmal den grundsätzlichen deutschen Standpunkt in den zur Verhandlung stehenden Hauptfragen.

Frankreich bleibt hartnäckig

Nach der Unterredung Herriots durch die französische Delegation über den deutschen Standpunkt zu dem Gläubigervorschlag wurden die Franzosen von Paris aus angewiesen an den bisherigen Forderungen auf Beteiligung Deutschlands an der Wiederaufbaufrage mit 4 Milliarden Markt festzuhalten und in den übrigen Punkten von dem ursprünglichen Gläubigervorschlag nicht abzuweichen.

Es sind verschiedene neue Vorschläge aufgetaucht, ohne daß jedoch bisher eine vollständige Einigung der Gläubigermächte zustande gekommen ist. Es wird gegenwärtig erwogen, die Gesamtsumme auf zehn Jahreszahlungen zu verteilen. Da jedoch bisher noch der grundsätzliche Gegensatz zwischen der deutschen Auffassung und den Forderungen der Gegenseite über die Gesamtgröße der Abschlußziffer besteht, verteilen sich alle diese Verhandlungen ins Ungeheile.

Jedoch besteht in allen Kreisen der Eindruck, daß man sowohl auf englischer wie auf französischer Seite einen erfolglosen Abbruch der Konferenz vermeiden will.

Auf französischer Seite sollen ernsthaft Bestürzungen bestehen, im Falle eines erfolglosen Ausganges der Konferenz die bereits bestehende handelspolitische Isolierung Frankreichs sich weiter verschärfen würde. Insbesondere befürchtet man in maßgebenden französischen Kreisen, daß die Beschlüsse der Konferenz in Ostasien außerordentlich ungünstige handelspolitische Rückwirkungen für die französische Wirtschaft haben würden. Auch in englischen Kreisen hält man eine Vertagung der Konferenz ohne ein praktisches Ergebnis aus finanziellen und handelspolitischen Gründen für völlig untragbar.

Die gesamte internationale Lage wirkt sich zweifellos günstig für den deutschen Standpunkt aus, da die Gläubigermächte unter dem außerordentlich harten Druck der gesamten Weltwirtschaft stehen und in den maßgebenden finanziellen Kreisen der Gläubigermächte dringend eine endgültige Regelung der Tributfrage gefordert wird.

Nach Herriots Rückkehr

Der Streit um die Ziffern.

Laujanne, 6. Juli.

Die sehr zugelegenen Erklärungen, mit denen sich der französische Ministerpräsident von Paris verabschiedete, haben erwarten lassen, daß er in Laujanne den französischen Standpunkt mit einer aufs äußerste betonten Unnachgiebigkeit verteidigen werde, und es konnte daher kaum überraschen, wenn er in der gemeinsamen Besprechung bei MacDonalds runde erklärte, die kritische Lage seiner Regierung mache ihm jedes Nachlassen von der französischen Forderung unmöglich, Frankreich müsse die geforderten vier Milliarden haben und nicht einen Cent weniger.



man in England und Italien weitestgehendes Verständnis hat und an denen auch Frankreich nicht vorbeigehen darf, wenn ihm an einer positiven Lösung gelegen ist. Auf diese Frage aber muß in den nächsten zwei oder drei Tagen der französische Ministerpräsident der Konferenz und der Welt eine klare Antwort geben.

Das Hin und Her der Konferenz

Kaum eine halbe Stunde dauerte die Unterredung zwischen den englischen und den deutschen Ministern am gestrigen Vormittag, nachdem bereits vorher MacDonald mit Herriot verhandelt hatte, ohne daß über ein Ergebnis etwas bekannt geworden wäre. Immerhin kann angenommen werden, daß in der deutsch-englischen Besprechung von deutscher Seite ein neues darauf hingeworfenes worden ist, daß die Höchstgrenze der deutschen Beteiligung an der Wiederaufbaufrage bei zwei Milliarden liegt und daß im übrigen die bereits hinsichtlich bekannter Bedingungen einer allgemeinen Regelung genannt worden sind.

Die Engländer sehen sich nach wie vor scharf gegenüber. MacDonalds Verzicht jetzt, wie er sich selbst bezeichnet, „als ehelicher Makler“

in letzter Stunde die deutschen und französischen Gegenstände zu überwinden. Es soll versucht werden, eine deutsch-englisch-französische Unterredung zustande zu bringen, in der dann durch Vermittlung von MacDonald eine gemeinsame Einigungsgrundlage gefunden werden soll. Deutlich tritt von neuem der dringende Wunsch und das ausgesprochene Interesse der englischen Regierung zutage, im Hinblick auf die gesamte Weltwirtschaftslage und die besonderen englischen Interessen endgültig die Tributfrage auf dieser Konferenz zu bereinigen.

Herriot kann nicht nachgeben

Nach einer Unterredung mit MacDonald erklärte Herriot der Presse:

er könne nicht mehr weiter nachgeben und halte an dem bisherigen Gläubigervorschlag fest. Ein weiteres Nachgeben würde für ihn die Kollisionsfrage bedeuten. Die Besprechungen werden zunächst noch von MacDonald weiter geleitet mit den deutschen und französischen Ministern geführt werden. In französischen Kreisen werden die üblichen pessimistischen Gerüchte verbreitet und erklärt, die deutsche unnachgiebige Haltung mache jede Einigung unmöglich.

In ausländischen Konferenzkreisen wird dagegen von der Möglichkeit einer Einigung auf der Grundlage einer 3-Milliarden-Abschlußzahlung gesprochen. Es liegen aber bisher noch keinerlei Anzeichen vor, aus denen auf eine unmittelbare bevorstehende Einigung geschlossen werden könnte.

Vor dem Ginzich

Reichskanzler von Papen, Reichsaussenminister Freiherr von Neurath und Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krozig wurden kurz vor 16 Uhr zu MacDonald gebeten.

Es verdrängte sich der Eindruck, daß jetzt auf englischer und französischer Seite der deutschen Abordnung Zugeständnisse auf dem Gebiete der Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage und eine allgemeine Beteiligung der Kriegsschuldbestimmungen des Versailles Vertrags sowie Wiedergewährung der Autonomie der Reichswehr und der Reichswehr durch Befreiung der einschränkenden Bestimmungen des Youngplans gemacht werden, um gewisse Zugeständnisse auf deutscher Seite in der Höhe der deutschen Abschlußzahlung zu erreichen.

Die Verhandlungen richteten sich jetzt auf die Frage, ob zwischen der französischen Forderung von vier Milliarden und der bisherigen deutschen Höchstgrenze von zwei Milliarden eine Einigung auf einen mittleren Betrag zustande kommen kann.

Auf englischer Seite wird jetzt die Annahme des neuen Engländer-Vorschlages empfohlen, in dem ein Höchstbetrag für die Abschlußzahlung Deutschlands in Höhe von 2,6 Milliarden genannt wird. Vom deutschen Standpunkt aus könnte eine geringfügige Erhöhung der ursprünglich als Höchstgrenze angesehenen Zwei-Milliarden-Summe nur dann in Frage kommen, wenn die grundsätzlichen deutschen Forderungen auf Beteiligung der Kriegsschuldlagen, der Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage anerkannt werden und die Bedingungen für die Durchführung der Abschlußzahlung unter Berücksichtigung der deutschen Kreditfähigkeit erfolgen.

„Graf Zeppelin“ über Laujanne

Über dem Hotel Beau Rivage erschien plötzlich während der letzten Verhandlungen der englischen und deutschen Minister in niedriger Höhe das Luftschiff „Graf Zeppelin“. Der harkten Sommerwetter überlagert der Zeppelin Dampf.

Die harmonischen Einien des Luftschiffes hoben sich klar aus dem blauen Himmel ab. Während die in der Hotelhalle auf das Ergebnis der Ministerbesprechungen zu Hunderten wartenden Vertreter der internationalen Presse in den Garten eilten, um den ungewöhnlich schönen Anblick zu genießen, sah man auf der Terrasse der Privaträume MacDonalds die deutschen und englischen Minister, die ihre Verhandlungen unterbrochen, erschienen und gestaffelt den Zeppelin bewunderten. Am Gespräch beteiligten die Minister einige Minuten auf dem Balkon.